



#### Ausgabe 5/2015

■ Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer

**Seite 2**

■ Ein großer Erfolg: Alleinerziehende werden endlich entlastet

**Seite 3**

■ Vorratsdatenspeicherung

**Seite 4**

■ Tag der Arbeit 2015

**Seite 6**

■ Hipp Hipp Hurra, Borussia!

**Seite 8**

■ Vorlesetag an der KGS Waisenhausstraße

**Seite 9**

Weitere Informationen finden Sie auch auf meiner Internetseite:

[www.guelistan-yueksel.de](http://www.guelistan-yueksel.de)



Oder auf Facebook:



Gülistan Yüksel -  
Miteinander.  
Für Deutschland.



*Sehr geehrte Leserinnen und Leser,*

*Liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie,*

die Osterpause ist vorbei und in Berlin hatte ich wieder eine arbeitsintensive Woche. Die tragischen Ereignisse, die sich im Mittelmeer abspielen, wurden auch im Bundestag bewertet. Derzeit geht man davon aus, dass mehr als 900 Menschen bei dem Schiffsunglück ums Leben gekommen sind. Den Opfern wurde am Mittwoch im Rahmen einer Sondersitzung würdig gedacht. Es stellt sich die Frage, wie wir künftig dem Leid und Elend, das sich täglich an den Küsten abspielt, begegnen müssen. Diese Herausforderung kann nicht von einem Land alleine gestemmt werden. Hier können wir nur geschlossen auftreten, als geeintes Europa, mit vereinten Kräften.

Am 1. Mai wird der DGB den ‚Tag der Arbeit‘ mit einer Kundgebung feiern. Ich werde als Hauptrednerin auf dem Podium stehen. Die Kundgebung auf dem Rheydter Markt nutzen wir auch, um uns gegen den Aufmarsch der NPD zu stellen. Jeder Mensch muss in Deutschland in Frieden und ohne Angst leben können. Unsere Antwort heißt: mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Offenheit. Dem blinden Hass aller Extremisten müssen wir entschieden entgegentreten. Hier ist jeder von uns, jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger gefragt!

Ganz im Sinne der Tradition des Tags der Arbeit hat die SPD dieses Jahr besonders mit der Einführung des Mindestlohns viel zur Verbesserung der Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer getan. Beim traditionell am gleichen Tag stattfindenden Kinderfest, hoffe ich viele von Euch begrüßen zu können.

Herzlichst, Eure

*Gülistan Yüksel*

## **„Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer“**

Mit tiefster Betroffenheit haben wir erfahren, dass es erneut ein schreckliches Unglück vor den Toren Europas gegeben hat. Allein in diesem Monat sind mehr als 900 Menschen im Mittelmeer verstorben. Männer, Frauen, Kinder – Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind und alles aufgegeben haben, um in Europa ihr Glück zu suchen. Kinder und Schwangere sind unter den Verunglückten. Kinder, die noch ihr ganzes Leben vor sich hatten. Diese Menschen suchten nach Freiheit und fanden den Tod.

Europa darf sich gegenüber dem menschlichen Elend nicht abschotten. Wir dürfen nicht wegschauen und uns der Verantwortung entziehen. Wir haben eine moralische Verpflichtung, diesen Menschen zu helfen. Es ist eine Tatsache, die man anerkennen muss, dass Europa Flüchtlinge nicht fernhalten kann, auch in Zukunft nicht.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat dazu deutliche Worte gefunden: „Wir können kurzfristig den Strom der Flüchtlinge nicht unterbinden. Die vielen Probleme vor Ort, das Elend, das diese Menschen aus ihrer Heimat vertreibt, lässt sich nicht schnell oder einfach lösen. Es wird Monate, vielleicht sogar Jahre dauern, bis einige der Konfliktherde, die die Menschen aus ihrer Heimat verdrängen, gelöst werden können. In der Zwischenzeit müssen wir bereit sein, diesen Menschen zu helfen und unser Bestmögliches zu tun, sodass Unschuldige nicht länger leiden müssen.“



Zur Verkleinerung des Risikos bei der Überfahrt gehören ausgeweitete Regelungen zur Seenotrettung im Mittelmeer. Auch die Kapazitäten und finanziellen Mittel hierfür müssen aufgestockt werden. Hier sind sich die meisten Mitgliedsstaaten einig. Die Frage ist nur, um wie viel Geld es sich handeln soll. Die Europäische Kommission hat kurzfristig die Verdreifachung der Gelder für den Küstenschutz beschlossen. Dies ist ein wichtiger erster Schritt, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Weiterhin müssen wir dabei helfen, die Herkunftsländer der Flüchtlinge zu stabilisieren. „Das wird uns so ganz einfach nicht gelingen“, verdeutlichte der Außenminister in seiner Rede. „Mühe, Zeit und Aufwand“ seien notwendig. Ebenso muss daran gedacht werden, wie wir unsere Gäste

versorgen wollen. Die aufgenommenen Flüchtlinge müssen menschenwürdig untergebracht werden, doch die Kommunen stoßen an ihre Grenzen. Aktuell stellt der Bund eine Milliarde Euro bis 2016 zur Verfügung. Viele Erstanlaufstellen und Flüchtlingsunterkünfte sind dennoch überfordert, was natürlich starke Auswirkungen auf die geflohenen Menschen hat. Das Ziel, Asylanträge innerhalb von drei Monaten zu bearbeiten, ist noch nicht erreicht.



Die schwierige Herausforderung der hohen Flüchtlingszahlen lässt sich natürlich nicht allein in den Kommunen lösen. Auch nicht in den einzelnen Staaten. Zu diesem Thema brauchen wir engste Zusammenarbeit auf europäischer

Ebene und eine gemeinsame Flüchtlingspolitik mit einer gerechten Verteilung der Geflohenen in die Mitgliedsstaaten. Die Bundesregierung hat daher zum Flüchtlingsgipfel am 8. Mai eingeladen. Bei der Konferenz soll über die Rolle der Länder bei der Unterbringung der Flüchtlinge diskutiert werden. Des Weiteren bereitet das Familienministerium einen Gesetzentwurf vor, um die Lage unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zu verbessern. Dieser soll noch vor der Sommerpause vorliegen.

### **„Ein großer Erfolg: Alleinerziehende werden endlich entlastet“**

Bei der gemeinsamen Klausur der Fraktionsspitzen von SPD und CDU/CSU hat die SPD einen wichtigen Erfolg für mehr Gerechtigkeit in der Familienpolitik erzielt. Wir haben durchgesetzt, dass der steuerliche Freibetrag für Alleinerziehende erstmals seit über zehn Jahren erhöht wird, und zwar deutlich: um 600 Euro. Dafür hatte sich neben dem Familienausschuss insbesondere auch unsere Familienministerin Manuela Schwesig eingesetzt. Die Umsetzung erfolgt nun im Rahmen der parlamentarischen Beratungen des Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags – rückwirkend zum 1. Januar 2015.

In Deutschland leben in rund 20 Prozent aller Familien inzwischen Mutter oder Vater allein mit ihren Kindern. Alleinerziehende leisten enorm viel, müssen dabei im Schnitt mit einem deutlich

geringeren Haushaltseinkommen auskommen als Paarfamilien und sind überproportional von Armut betroffen. Der bisherige steuerliche Entlastungsbetrag lag bei 1.308 Euro. Durch die Anhebung um 600 Euro können künftig nun also 1.908 Euro für das erste Kind vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden. Für jedes weitere Kind kommen jeweils 240 Euro Entlastung oben drauf.



Alle Kinder haben das Recht auf einen guten Start ins Leben. Die finanzielle Unterstützung von Familien muss dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht wird: Bei Familien mit mittlerem oder niedrigem Einkommen sowie Alleinerziehenden. Im Zuge der verfassungsrechtlich notwendigen Anhebung der steuerlichen Kinderfreibeträge haben wir auch dafür gesorgt, dass das Kindergeld und der Kinderzuschlag erhöht werden.

Die SPD macht Familienpolitik da, wo Kinder sind. Es bleibt noch viel zu tun. Entlastet werden müssen auch die alleinerziehenden Mütter und Väter, die aufgrund ihres geringen Einkommens keine Steuern zahlen. Die SPD setzt sich daher auch in Zukunft dafür ein, dass das Kindergeld nicht auf Hartz IV angerechnet wird.

Die längst überfällige steuerliche Entlastung, die nun beschlossen wurde, ist dennoch ein wichtiges gesellschaftspolitisches Signal. Unser Einsatz hat sich gelohnt. Mit dieser Regelung machen wir einen Schritt Richtung Zukunft. In den kommenden Jahren werden wir uns weiterhin für die Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung, Familie und Pflege einsetzen.

### **„Vorratsdatenspeicherung“**

Hohe Wogen hat in den letzten Wochen die Vorratsdatenspeicherung geschlagen. Zahlreiche Briefe über Sinn und Zweck der Speicherung von Daten erreichten mein Büro. Das Meinungsspektrum geht dabei weit auseinander. Eine Regelung bei der Vorratsdatenspeicherung zu finden, die die Gratwanderung zwischen dem Grundrecht auf Datenschutz und Schutz der Privatsphäre und digitaler Sicherheit sowie Kriminalitätsbekämpfung hinkriegt, ist nicht einfach.

Aber unserer Justizminister Heiko Maas hat gut verhandelt und konnte einen soliden Gesetzentwurf vorlegen, der auch für mich einen tragbaren Kompromiss zwischen den Positionen des „Pro und Contras“ darstellt. Mit dem Vorschlag des Bundesjustizministers wird eine eng begrenzte Pflicht für alle Telekommunikationsanbieter zur Speicherung von wenigen, genau bezeichneten Verkehrsdaten. Abgerufene Webseiten oder anderweitige Daten von Diensten der elektronischen Post, also auch E-Mails, werden nicht gespeichert. Weiterhin dürfen nur



*Eine der Forderungen der SPD bei der Vorratsdatenspeicherung: Es muss einen strikten Richtervorbehalt geben. (Foto: dpa)*

Verkehrsdaten erhoben werden. Das betrifft die Speicherung von Rufnummern der beteiligten Anschlüsse, Zeitpunkt und die Dauer des Telefonats oder bei Mobiltelefonen auch der Standort.

Die konkreten Inhalte werden nicht gespeichert. Standortdaten müssen nach spätestens vier Wochen gelöscht werden. Generell werden alle Daten maximal nur zehn Wochen gespeichert. Die

Daten dürfen nur mit Richtervorbehalt verwendet werden. Der Katalog der Einsatzmöglichkeiten ist dabei klar beschränkt auf schwerste Straftaten. Eingetragene Geheimnisträger, wie etwa Anwälte, Ärzte oder Richter sind ausdrücklich ausgenommen.

Die Leitlinien sind viel restriktiver als das vom Bundesverfassungsgericht aufgehobene, ehemalige Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, viel restriktiver als die aufgehobene europäische Richtlinie und auch viel restriktiver als CDU/CSU es wollen. Die Speicherung und Nutzung der Daten darf nur in einem sehr eng gesteckten Rahmen stattfinden, bei dem auf höchstmöglichen Schutz der Privatsphäre Einzelner geachtet werden soll.

Der Datenschutz wird in diesen Leitlinien ernst genommen: Betroffene müssen über den Abruf der Daten informiert werden. Bewegungsprofile können nicht erstellt werden. Damit hätte Deutschland europaweit die striktesten Regelungen für Vorratsdatenspeicherung. Die Leitlinien sind eine gute Grundlage für die weitere Debatte und das anstehende parlamentarische Verfahren. Weiterhin müssen wir im Auge behalten, dass die Strafverfolgungsbehörden mit ausreichend Budget, Personal und Know-How ausgestattet werden müssen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich für diese Leitlinien im weiteren Gesetzgebungsverfahren ohne Ausnahme und Abstriche einsetzen. Wir sind uns sicher, dass am Ende ein ausgewogener Kompromiss stehen wird.

### „Tag der Arbeit 2015“

Der 1. Mai ist Tag der Arbeit! Dies wollen wir als Anlass nehmen, nicht nur auf die lange Tradition dieses Tages hinzuweisen, sondern auch auf die aktuellen Geschehnisse. So werden wir am 1. Mai zusammen mit dem DGB den Tag der Arbeit auf dem Rheydter Markt begehen. Ich freue mich sehr, als Hauptrednerin zu den Bürgerinnen und Bürgern sprechen zu dürfen.

Gemeinsam beziehen wird dort auch Stellung gegen den Aufmarsch der NPD in Mönchengladbach, denn der Tag der Arbeit steht für den Kampf gegen Ungerechtigkeit und menschenunwürdige Behandlung. Wir kämpfen nicht nur für Gleichbehandlung, sondern auch gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Bereits seit 1886 wird an diesem Tag für soziale Rechte und die Würde der arbeitenden Menschen demonstriert. Es lohnt sich, dabei auch auf das vergangene Jahr zurückzublicken. Viele wichtige Projekte wurden auf den Weg gebracht, die für mehr Gerechtigkeit und Gleichstellung am Arbeitsplatz sorgen. Ob Mindestlohn, Frauenquote oder Rente ab 63. Die SPD setzt sich nachhaltig für die Rechte der Menschen ein. GESAGT, GETAN, GERECHT!



Mit der Rente ab 63 erkennen wir die Lebensleistungen von Menschen an und schließen Gerechtigkeitslücken. Ungleicher Verteilung zwischen arm und reich, aber auch zwischen Alt und



Jung, treten wir damit entgegen. Dies betrifft sowohl Menschen, die zwei Jahre früher in Rente gehen möchten, aber auch jene, die sich Zeit für Kinder und Familie genommen haben oder aus gesundheitlichen Gründen aus dem Erwerbsleben ausscheiden mussten.

Mit dem Mindestlohn setzen wir Richtlinien für gerechte Entlohnung. Seit der Einführung profitieren knapp 4 Millionen Menschen von höheren Löhnen. Lohndumping wurde damit ein Ende gesetzt. Gerade in den gefährdeten Industrien, in denen die Arbeiter

## Miteinander. Für Deutschland.

unterdurchschnittlich wenig verdienten, wurde die Situation deutlich verbessert. Belohnt werden damit aber auch Arbeitgeber, die schon vor dem Gesetz ihren Arbeitern menschenwürdige Gehälter gezahlt haben. Sie müssen künftig nicht mehr mit Lohndumping konkurrieren.

Ebenso wichtig sind die Verabschiedung der Frauenquote sowie unsere andauernden Bemühungen für Entgeltgleichheit zwischen Mann und Frau. Mit der Quote stärken wir die Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft sowie im Öffentlichen Dienst. Jahrelang hat sich die Wirtschaft nur mit Lippenbekenntnissen um die faire Verteilung ihrer Arbeitsplätze bemüht, was sich besonders ausgeprägt in den Führungsetagen der Großkonzerne zeigte. Gerade hier sind Frauen deutlich unterrepräsentiert.

Mit diesen Fortschritten setzen wir die lange Tradition des 1. Mai fort. Man muss sich für seine Rechte einsetzen, wenn man etwas verändern will. Dies galt Gestern, gilt Heute und wird auch Morgen noch so sein.

Der Tag der Arbeit ist und bleibt ein Instrument, um Forderungen publik zu machen und für die SPD ein guter Anlass, auf das Erreichte stolz zurückzublicken. Am Tag der Arbeit können wir sagen: Die Gewerkschaften und die SPD haben vieles erreicht, für das wir lange gemeinsam gekämpft haben. Und wir haben noch viel gemeinsam vor!

2015 ist ein gutes Jahr für ‚Gute Arbeit‘. Die Richtung stimmt. Wir machen weiter so!



### „Hipp Hipp Hurra, Borussia!“

Nach jahrelanger Abstinenz der Fohlenelf im Bundestag, hat die wahre Borussia wieder Einzug in der Bundeshauptstadt gehalten. Gemeinsam mit meinem Kollegen Udo Schiefner, der so wie ich schon seit Jahren für die 11 vom Niederrhein schwärmt, haben wir die „Fohlen des Bundestags“ ins Leben gerufen.

So wird es auch künftig aus Berlin schallen: „Hipp Hipp Hurra, Borussia!“



In der Landesvertretung NRW trafen wir uns zur offiziellen Gründungsveranstaltung. Anbei ein paar Eindrücke der Veranstaltung. In der Versammlung wurde ich zur Vorsitzenden, Udo Schiefner, Eva Keldenich, Ingo Müller und Richard Kortmann zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Schatzmeisterin ist Pia Dahmen. Jetzt geht's los!



Neues aus dem Wahlkreis

### „Vorlesetag an der KGS Waisenhausstraße“

Während des Bundesweiten Vorlesetages im November 2014, habe ich die Kinder der Katholischen Grundschule Waisenhausstraße in der Stadtteilbibliothek Rheydt als aufmerksame Zuhörer kennengelernt. Dabei haben wir gemeinsam verabredet, dass ich im Frühjahr in Ihre Schule kommen und nun Ihnen beim Vorlesen zuhören werde. Dieses Versprechen habe ich jetzt eingelöst.

Vorlesen braucht Vorbilder, deshalb sind mir solche Veranstaltungen besonders wichtig. Kinder, denen regelmäßig vorgelesen wird, greifen später öfter selbst zum Buch. (Vor-)Lesen vermittelt Basiskompetenzen und eröffnet Bildungschancen für eine erfolgreiche Zukunft. Deshalb ist es so wichtig, Kinder bei diesem Lernprozess aktiv zu unterstützen.



#### Impressum

V.i.S.d.P.: Gülistan Yüksel, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel: 030 / 227 73553

guelistan.yueksel@bundestag.de | www.guelistan-yueksel.de

© 2015 | Gülistan Yüksel MdB

Redaktion und Layout: Tobias Paszek | Redaktionelle Mitarbeit: Judith Aßmann, Benedikt Dams, Sabine Esselen-Condé

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, möchten wir Sie bitten, uns Ihre Newsletter-Abmeldung per E-Mail mitzuteilen. Anschließend wird Ihre E-Mail-Adresse aus dem Verteiler gelöscht.